



Medienkonferenz Lancierung der Eidgenössischen Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)» vom 20. September 2016

Referat von Pascal Vandenberghe, Generaldirektor der Payot AG

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Medienschaffende

Wie viele Bereiche der Schweizer Wirtschaft bleibt auch der Detailhandel nicht von Wettbewerbsverzerrungen verschont, die daraus entstehen, dass der Wareneinkauf im Ausland nicht möglich ist. Am Buchmarkt ist zunächst zwischen dem deutsch- und dem französischsprachigen Markt zu unterscheiden, die verschiedenen Mechanismen unterliegen.

In der Deutschschweiz stammen 80 Prozent der verkauften Waren aus Deutschland, ebenso wie in der Romandie 80 Prozent der Buchproduktion aus Frankreich importiert werden. Doch der deutschsprachige Markt lässt Konkurrenz zwischen Lieferanten zu: Die drei Ebenen der Lieferkette – Verlage, Grossisten und Buchhändler – sind «wasserdicht». Ein Buchhändler in der Deutschschweiz kann sich in der Schweiz oder in Deutschland beim Grossisten seiner Wahl eindecken. In der Romandie hingegen, in welcher das französische Modell der Exklusivvereinbarungen im Vertrieb angewandt wird, stellt sich die Situation ganz anders dar. Konkret bedeutet das: Ein Buchhändler kann ein in einem bestimmten Verlag erschienenenes Buch nur bei einem bestimmten Lieferanten bestellen. Konkurrenz zwischen Lieferanten gibt es also nicht: Die Grossisten haben Exklusivvereinbarungen mit den Verlagen abgeschlossen, deren Bücher sie vermarkten, und setzen die Preise nach Belieben fest. Da es sich bei den meisten Grosshändlern um Tochtergesellschaften französischer Konzerne handelt, können sie bei den Schweizer Buchhändlern ihre Vertriebswege durchsetzen. So können sie die Buchhändler zwingen, ihre Waren in der Schweiz einzukaufen.

Nun haben die Grosshändler in ihren Stellungnahmen nach dem Zwischenbescheid der Wettbewerbskommission (WEKO) vom August 2012 zu der bereits 2008 eingeleiteten Untersuchung natürlich erklärt, dass die Schweizer Buchhändler selbstverständlich in Frankreich einkaufen können. Wie dies allerdings in der Praxis umgesetzt werden soll, haben sie nicht gesagt: Da es in Frankreich keine Grosshändler gibt, kommt nur ein Direktbezug in Frage, den sie jedoch ablehnen können. Ich erinnere daran, dass die WEKO in ihrem endgültigen Entscheid vom Mai 2013 die Grossisten sanktionierte und urteilte, dass sie durch die von ihnen praktizierten «Preisaufläge» gegen das Kartellrecht verstossen hätten. Mit einer Ausnahme legten alle Grossisten beim

Bundesverwaltungsgericht St. Gallen Beschwerde ein, die derzeit noch hängig ist. In der Zwischenzeit ist das System unverändert geblieben.

Anfang 2012 erklärten sich zwei der führenden Grossisten bereit, Konten in Frankreich für uns zu eröffnen, um einen Direktbezug zu ermöglichen. Die Kanäle (Informatik und Logistik) wurden vorbereitet, die Geschäftsbedingungen ausgehandelt und der Beginn des Direktbezugs auf Oktober 2012 festgelegt. Mitte September desselben Jahres, einige Wochen vor der geplanten «Umstellung», teilten uns beide ihren Entschluss mit, nun doch darauf zu verzichten.

In Anbetracht des starken Frankens hat sich diese Wettbewerbsverzerrung deutlich verschärft. Nun ist zur Konkurrenz durch den physischen Einkaufstourismus und den Onlinehandel jedoch noch eine weitere Wettbewerbsverzerrung am Binnenmarkt hinzugekommen. Als französische Gesellschaft mit einem Logistikzentrum in Frankreich konnte die Fnac, unsere Hauptkonkurrentin im französischsprachigen Markt, das System umgehen. Seit 2012 kauft sie ihre Waren in Frankreich ein und profitiert dadurch im Gegensatz zu Payot – einer Schweizer Gesellschaft, die in der Schweiz einkauft – von «französischen Einkaufspreisen». So kann die Fnac als zweitgrösste Akteurin am Schweizer Binnenmarkt, deren Umsatz um das 2,5-Fache geringer ist als derjenige des Marktführers Payot, ihre Bücher rund 15 bis 20 Prozent günstiger einkaufen.

Dies ist ein Beispiel für die zahlreichen Wettbewerbsverzerrungen, unter denen die Akteure der Schweizer Wirtschaft leiden und denen die Initiative «Stopp der Hochpreisinsel – für faire Preise» ein Ende setzen will. Aus diesem Grund sind auch wir dem Verein beigetreten.

Die Schweiz gibt sich der Illusion hin, ein liberales Land zu sein. In Wirklichkeit und in den meisten Wirtschaftssektoren, insbesondere was die KMU anbelangt, steckt sie jedoch in einem starren System fest, das einen gesunden und fairen Wettbewerb verhindert – ein System, das Unternehmen in Geiseln hält und Verbraucher zu Opfern macht. Abschliessend möchte ich diese Medienkonferenz nutzen, um die KMU in der Romandie, die in unserem KMU-Ausschuss unterrepräsentiert sind, zum Beitritt und zur Unterstützung der Initiative aufzurufen.